

Stand: 11.07.2025 05:17:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19863

"Subsidiarität Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung COM(2021) 731 final BR-Drs. 826/21"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19863 vom 27.01.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19929 des BU vom 01.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/19958 vom 02.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 02.02.2022



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung
COM(2021) 731 final
BR-Drs. 826/21**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, COM(2021) 731 final, BR-Drs. 826/21, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Mit ihrem Vorschlag will die Europäische Kommission unter anderem eine vollständige Harmonisierung von Vorschriften erreichen, um die Transparenz politischer Werbung etwa über Aufzeichnungs-, Übermittlungs- und Berichterstattungspflichten und der damit verbundenen Dienstleistungen zu erhöhen. Außerdem soll der Schutz personenbezogener Daten im Zusammenhang mit politischer Werbung umfassend geregelt werden.

Der Landtag ist der Ansicht, dass für eine derart weitreichende Regelung keine Zuständigkeit der Europäischen Union gegeben ist und der Vorschlag die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit verletzt. Die Europäische Kommission kann ein solches Vorhaben insbesondere nicht auf die von ihr benannten Rechtsgrundlagen in Art. 114 AEUV (Rechtsangleichung im Binnenmarkt) sowie Art. 16 AEUV (Datenschutz) stützen.

Aus diesen Zuständigkeitsnormen ergibt sich keine Zuständigkeit für einen Eingriff in die nationale Regelungskompetenz zur Gestaltung und Durchführung von Wahlen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene.

Art. 114 AEUV i. V. m. Art. 26 AEUV bietet eine Zuständigkeit nur für Regelungen, die unmittelbar und notwendigerweise übernationalstaatlich für ein Funktionieren des Bin-

nenmarktes erforderlich sind. Dabei geht es ausweislich der Verträge nicht um jedweden binnenmarktbezogenen Aspekt im Sinne einer generellen Vereinheitlichung von Recht in Europa, sondern um die Gewährleistung des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital im Sinne der europäischen Grundfreiheiten. Daher obliegt es der Europäischen Kommission nicht, jedwede Erschwernis in der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung – und so begründet die Kommission den vorliegenden Vorschlag – zu beseitigen. Insbesondere rechtfertigt diese Rechtsgrundlage nicht, dass dazu in die Regelungshoheit der Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre nationalen Wahlen eingegriffen wird.

Im Übrigen bietet auch Art. 16 AEUV dafür keine Grundlage, denn die Regelungen über die Gestaltung und Durchführung von nationalen Wahlen fallen eben nicht in den Anwendungsbereich des Unionsrecht – dies wäre aber Voraussetzung für eine Regelung auf der Basis des Art. 16 AEUV. Im Übrigen hat die Europäische Union mit der Datenschutzgrundverordnung bereits umfassend von dieser Regelungskompetenz Gebrauch gemacht. Es wird keine Notwendigkeit für weitere, unionsrechtliche Regelungen gesehen.

Der Landtag sieht auch die Pflicht des politisch Werbenden zur Angabe von „Quellen“ der ausgegebenen (Geld)Beträge für politische Werbeanzeigen kritisch. Von einer solchen Regelung wären vor allem auch sog. Kleinspender betroffen, also insbesondere Privatleute, die Ihre Identität nicht im Internet veröffentlicht sehen wollen. Hier ergäbe sich auch ein Wertungswiderspruch zu den nationalen Regelungen über die Offenlegung von Spenden und Geldzuwendungen an politische Akteure.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass der vorliegende Verordnungsvorschlag ein Übermaß neuer Bürokratie vorsieht, das dem allgemein auf allen Ebenen zu verfolgenden Ziel des Bürokratieabbaus und der Verschlankung von Verwaltungsvorgängen zuwiderläuft.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/19863**

Subsidiarität

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung
COM(2021) 731 final
BR-Drs. 826/21**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Alex Dorow**
Mitberichterstatter: **Helmut Markwort**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen (§ 83b Abs. 1 BayLT-GeschO). Eine Mitberatung durch andere Fachausschüsse ist nicht erfolgt.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 1. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Enthaltung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung

COM(2021) 731 final

BR-Drs. 826/21

Drs. 18/19863, 18/19929

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, COM(2021) 731 final, BR-Drs. 826/21, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Mit ihrem Vorschlag will die Europäische Kommission unter anderem eine vollständige Harmonisierung von Vorschriften erreichen, um die Transparenz politischer Werbung etwa über Aufzeichnungs-, Übermittlungs- und Berichterstattungspflichten und der damit verbundenen Dienstleistungen zu erhöhen. Außerdem soll der Schutz personenbezogener Daten im Zusammenhang mit politischer Werbung umfassend geregelt werden.

Der Landtag ist der Ansicht, dass für eine derart weitreichende Regelung keine Zuständigkeit der Europäischen Union gegeben ist und der Vorschlag die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit verletzt. Die Europäische Kommission kann ein solches Vorhaben insbesondere nicht auf die von ihr benannten Rechtsgrundlagen in Art. 114 AEUV (Rechtsangleichung im Binnenmarkt) sowie Art. 16 AEUV (Datenschutz) stützen.

Aus diesen Zuständigkeitsnormen ergibt sich keine Zuständigkeit für einen Eingriff in die nationale Regelungskompetenz zur Gestaltung und Durchführung von Wahlen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene.

Art. 114 AEUV i. V. m. Art. 26 AEUV bietet eine Zuständigkeit nur für Regelungen, die unmittelbar und notwendigerweise übernationalstaatlich für ein Funktionieren des Binnenmarktes erforderlich sind. Dabei geht es ausweislich der Verträge nicht um jeden binnenmarktbezogenen Aspekt im Sinne einer generellen Vereinheitlichung von Recht in Europa, sondern um die Gewährleistung des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital im Sinne der europäischen Grundfreiheiten. Daher obliegt es der Europäischen Kommission nicht, jedwede Erschwernis in der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung – und so begründet die Kommission den vorliegenden Vorschlag – zu beseitigen. Insbesondere rechtfertigt diese Rechtsgrundlage nicht, dass dazu in die Regelungshoheit der Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre nationalen Wahlen eingegriffen wird.

Im Übrigen bietet auch Art. 16 AEUV dafür keine Grundlage, denn die Regelungen über die Gestaltung und Durchführung von nationalen Wahlen fallen eben nicht in den Anwendungsbereich des Unionsrecht – dies wäre aber Voraussetzung für eine Regelung auf der Basis des Art. 16 AEUV. Im Übrigen hat die Europäische Union mit der Datenschutzgrundverordnung bereits umfassend von dieser Regelungskompetenz Gebrauch gemacht. Es wird keine Notwendigkeit für weitere, unionsrechtliche Regelungen gesehen.

Der Landtag sieht auch die Pflicht des politisch Werbenden zur Angabe von „Quellen“ der ausgegebenen (Geld)Beträge für politische Werbeanzeigen kritisch. Von einer solchen Regelung wären vor allem auch sog. Kleinspender betroffen, also insbesondere Privatleute, die Ihre Identität nicht im Internet veröffentlicht sehen wollen. Hier ergäbe sich auch ein Wertungswiderspruch zu den nationalen Regelungen über die Offenlegung von Spenden und Geldzuwendungen an politische Akteure.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass der vorliegende Verordnungsvorschlag ein Übermaß neuer Bürokratie vorsieht, das dem allgemein auf allen Ebenen zu verfolgenden Ziel des Bürokratieabbaus und der Verschlankung von Verwaltungsvorgängen zuwiderläuft.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Dezember 2021 (Vf. 65-VII-21) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 der §§ 3, 4 Abs. 1 und 4, § 5 der Fünfzehnten Bayerischen
 Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23.
 November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

PII - G1310.21-0026
 Drs. 18/19889 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. November 2021 (Vf. 58-VII-21) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der § 17 Satz 2 Nr. 2 a und § 17 a Abs. 1 Satz 2 der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (14. BayIfSMV) vom 1. September 2021 (BayMBI. Nr. 615, BayRS 2126-1-18-G), die zuletzt durch Verordnung vom 15. November 2021 (BayMBI. Nr. 796) geändert worden ist,
 2. der §§ 3 bis 5 der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

PII-G1310.21-0025
Drs. 18/19890 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung COM(2021) 731 final
BR-Drs. 826/21
Drs. 18/19863, 18/19929 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte
 Zivilrechtliche Haftung – Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz
 18.10.2021 - 10.01.2022
 Drs. 18/18919, 18/19934 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19934 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wirtschaft, Finanzen und Euro
 Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung
 19.10.2021 - 31.12.2021
 Drs. 18/19377, 18/19932 (G) (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19932 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

6. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen
 Rechtsakt zur Börsennotierung – Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte
 für EU-Unternehmen und leichter Kapitalzugang für KMU
 19.11.2021 - 11.02.2022
 Drs. 18/19378, 18/19933 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19933
 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD
Jobrad auch für Beamtinnen und Beamte ermöglichen
Drs. 18/14877, 18/19892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

8. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt,
Florian Ritter, Inge Aures u.a. SPD
Öffentlicher Raum für alle: Kommunen mehr Entscheidungsspielraum
bei Preisgestaltung für Bewohnerparkausweise ermöglichen
Drs. 18/15225, 18/19790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

9. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Mehr wissenschaftliche Expertise:
Auch Bayern braucht eine Radprofessur
Drs. 18/17699, 18/19791 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Verkehrswende vorantreiben: Modellprojekt autofreie Innenstadt
Drs. 18/17709, 18/19792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen –
Feststellung fehlender Ausgleichsfläche in Allersberg
Drs. 18/18099, 18/19793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen – Standorte des geplanten ICE-Werks
Nürnberg für ungeeignet erklären
Drs. 18/18100, 18/19794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen – Kein ICE-Werk in Feucht I
Drs. 18/18101, 18/19795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen –Kein ICE-Werk in Feucht II
Drs. 18/18102, 18/19796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Loben allein löst kein Problem –
A13 für alle Lehrkräfte und E6 für alle Verwaltungsangestellten
Drs. 18/18111, 18/19749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Harald Güller, Florian Ritter, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Finanzielle Mittel für die Berufseinstiegsbegleitung
dauerhaft bereitstellen
Drs. 18/18217, 18/19773 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Familienpolitische Teilzeit für Lehrkräfte
Drs. 18/18229, 18/19803 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

18. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Brauereien entlasten – Umwelt schützen I:
Pfand für Mehrweg-Bierflaschen und Getränkekästen erhöhen
Drs. 18/18230, 18/19855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Brauereien entlasten – Umwelt schützen II:
Biersteuer abschaffen! Pfand von der Mehrwertsteuer befreien!
Drs. 18/18231, 18/19350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Eintrag von Trifluoressigsäure in bayerische Gewässer reduzieren!
Drs. 18/18377, 18/19775 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Unternehmen entlasten:
Lieferkettengesetze mit Positiv- und Negativlistenansatz ersetzen
Drs. 18/18479, 18/19786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Michael Busch, Ruth Müller u.a. SPD
Finanzmittel für den Digitalbonus aufstocken
Drs. 18/18481, 18/19774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landtag über die jährliche Fortschreibung der Programme zur Förderung des kommunalen Straßen- und ÖPNV-Ausbaus informieren
Drs. 18/18507, 18/19798 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Pflegepotenzial-Monitoring in Bayern etablieren
Drs. 18/18673, 18/19799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

28. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz I – Reparieren statt wegwerfen:
Reparaturbonus für Elektrogeräte
Drs. 18/18698, 18/19886 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz II – Reparatur einfach gestalten:
eine Plattform für alle Anliegen
Drs. 18/18699, 18/19562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz III – Mehr Einsatz für Ressourcenschutz
auf allen politischen Ebenen
Drs. 18/18700, 18/19776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Handlungsmöglichkeiten in Bayern jetzt ausschöpfen –
Steuerung der pflegerischen Infrastruktur vor Ort stärken
Drs. 18/18713, 18/19801 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Petra Guttenberger, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU Konzept „Bayern gegen Gewalt“ zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht weiterentwickeln
Drs. 18/18745, 18/19848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD) Umwelt und Kulturlandschaft schützen – Atomausstieg verhindern!
Drs. 18/18766, 18/19784 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Lieferketten und Lebensmittelversorgung aufrechterhalten – Versorgung der Wirtschaft mit Ammoniak zur Harnstoff- und Düngemittelproduktion sicherstellen
Drs. 18/18828, 18/19785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wie geht's der Gams in Bayern? – Regelmäßige Berichterstattung zur Gamsforschung in den bayerischen Alpen
Drs. 18/18933, 18/19751 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walchenseekraftwerk: Bericht zu Heimfall
Drs. 18/18934, 18/19887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Schweine im Auslauf – Ergebnisse des Sonderforschungsprojekts vorstellen, Empfehlungen umsetzen und Rechtssicherheit schaffen
Drs. 18/18935, 18/19752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturlandschaftsprogramm 2023:
Ganze Vielfalt der Agroförstwirtschaft fördern
Drs. 18/18936, 18/19772 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Mode für den Müll ist nicht schick – für nachhaltigere Lösungen
statt „Fast Fashion“ in der Textilbranche
Drs. 18/18973, 18/19779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Tierschutz in der Landwirtschaft ernst nehmen –
Brände in Ställen endlich erfassen!
Drs. 18/18977, 18/19753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Zustand des Gamsbestands
Drs. 18/18978, 18/19754 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Behindertenhilfe nicht im Stich lassen – Förderungen sicherstellen
Drs. 18/18982, 18/19849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

46. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Direktvermarktung stärken: Effektive Maßnahmen zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe in Zeiten von Corona ergreifen
Drs. 18/18988, 18/19755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

47. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Forderungen des Umweltbundesamts auf den Prüfstand stellen: Jetzt eine Folgenabschätzung für die Landwirtschaft auf den Weg bringen
Drs. 18/18991, 18/19756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter –
jetzt die Weichen für 2026 richtigstellen
Drs. 18/18995, 18/19850 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

49. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Pariser Klimaabkommen aufkündigen – Zukunft sichern!
Drs. 18/18996, 18/19782 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

50. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weibliche Genitalverstümmelung
Drs. 18/18999, 18/19851 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz durch Moore endlich voranbringen –
Anhörung zur Moorschutzstrategie der Staatsregierung
Drs. 18/19196, 18/19870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>